



**FRAGE**

---

**BMW will mit dem vor wenigen Tagen vorgestellten Elektroauto i3 eine neue Ära im Automobilbau einläuten. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollen im Jahr 2020 eine Million Elektro-Autos in Deutschland unterwegs sein. Derzeit sind es aber gerade rund 8.000 reine E-Mobile sowie etwa 65.000 Autos mit Hybrid-Antrieb. Halten Sie das Ziel von einer Million E-Fahrzeugen im Jahr 2020 für realistisch?**

**Aufgrund des bislang sehr schleppenden Starts hat der Branchenverband VDA eine staatliche Förderung für Elektro-Autos angemahnt. Sollte der Gesetzgeber entsprechende Anreize zur Förderung der Elektromobilität setzen? Welche der folgenden Möglichkeiten halten Sie in diesem Zusammenhang für sinnvoll?**

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es gibt noch zu viele technische Probleme.

**Prof. Dr. Justus Haucap** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Es mangelt zu sehr am Komfort: Die Reichweiten sind zu gering und man muss sich umständlich um gesicherte Möglichkeiten zur Aufladung kümmern.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Der Infrastrukturaufbau wird das Problem sein.

**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann** Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die Technologie ist noch zu teuer, die Autos haben eine zu geringe Reichweite.

**Prof. Dr. David Stadelmann** Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Derzeit gibt es tendenziell fallende Rohstoffpreise, so dass die geplante Zeitspanne zu kurz ist.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es fehlt zum einen die Infrastruktur und zum anderen mangelt es an der Reichweite der Fahrzeuge. Sie sind technisch noch nicht weit genug entwickelt, um große Nachfrage zu generieren.

**Martin Lück** Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Neue Technologien setzen sich meist explosionsartig durch, sobald durch Skaleneffekte die Stückkosten sinken. Dazu kommt dann der Anreiz für die Politik, den Ausbau der Ladestationen zu fördern.



**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

BMW erkennt die Psychologie der Autofahrer. Das Auto ist nämlich mehr als ein Mittel, um von A nach B zu kommen. Da passt Elektro einfach nicht rein.

**Prof. Dr. Michael Frenkel** Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Der Preisnachteil ist bis 2020 noch zu hoch.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

E-Autos alleine wird nicht zu schaffen sein, aber wenn man Hybride mitzählt, wird sich da einiges tun.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Hier glaubt die Politik wieder einmal, Zukunftswissen zu besitzen. Das hat sie aber nicht.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Es ist nicht zu erwarten, dass im konventionellen Fahrzeugbau die Innovationen, auch hinsichtlich ökologischer Wirkungen, nachlassen. Infolgedessen werden die Präferenzen der Nachfrager recht persistent bleiben. Im Übrigen ist der Ausbau einer Versorgungsinfrastruktur für Elektroautos kein Selbtläufer.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Ohne staatliche Förderung rechnen sich E-Mobile wohl (noch) nicht.

**Prof. Dr. Peter Oberender** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es gibt noch vielfältige Probleme.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** em. Professor, Universität zu Köln:

Sie sind weder technisch noch finanziell wettbewerbsfähig.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die Technik ist noch nicht ausgereift genug (Reichweite, Ladezeit), und es fehlt auch noch erheblich an Infrastruktur

**Prof. Dr. Andreas Ziegler** Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

Die Zahl ist ohne entsprechende Fördermaßnahmen aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren völlig unrealistisch.



**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die eingeschränkten Einsatzmöglichkeiten der E-Fahrzeuge (Reichweite) und die bislang noch hohen Preise verhindern zunächst eine stärkere Verbreitung.

**Prof. Dr. Tim Krieger** Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Elektroautos sind teuer und werden es auf absehbare Zeit wohl auch bleiben. Die Strompreise werden weiter steigen, während der Öl-/Benzinpreisanstieg durch die neuen Fracking-Verfahren abgebremst wird. Solange es also keine anderweitigen Anreize gibt (z.B. Subventionierung von Elektroautos oder Besteuerung des Abgasausstoßes) wird das Ziel klar verfehlt werden.

**Dr. Thomas Gitzel** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Im Moment sind die Techniken noch zu wenig alltagstauglich.

**Frank Hübner** Direktor Volkswirtschaft, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Möglicherweise zählt die Bundesregierung Autos mit Hybrid-Antrieb zu den Elektroautos, damit die Zahl besser aussieht.

**Prof. Dr. Mathias Erlei** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Das Reichweitenproblem der Elektroautomobile ist nach wie vor ungelöst und stellt eine erhebliche Barriere für eine entsprechende Verbreitung dar.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Aktuell noch zu teuer, es gibt zu wenige „Tankstellen“ und unter Automobilisten ist die Technologie noch nicht recht akzeptiert.

**Prof. Dr. André Schmidt** Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Die von der Bundesregierung gesetzten Ziele gehen an den Präferenzen der Verbraucher vollkommen vorbei. Daher lässt sich dieses Ziel auch nicht realisieren. Insbesondere darf nicht übersehen werden, dass es auch andere technische Möglichkeiten gibt, um die Klimaziele mit dem Mobilitätsbedürfnis zu vereinbaren.

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Wir werden das Ziel nicht erreichen, weil wir das Aufbauprogramm Südeuropa bezahlen müssen.

**Prof. Dr. Siegfried F. Franke** Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Ergibt sich aus den Zahlen: Jedes Jahr müssen ca. 160.000 E-Autos zugelassen werden. Das halte ich doch für unwahrscheinlich, zumal so schnell auch die Infrastruktur sicher nicht umgestaltet werden kann. Außerdem wird die Eurokrise die Verbraucher in absehbarer Zeit zusätzlich belasten.



**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Elektroautos sind einerseits technisch noch nicht ausgereift (u. a. geringe Reichweiten) und andererseits entschieden zu teuer, um sich als Fahrzeug für kurze Entfernungen zu etablieren. Darüber hinaus gibt es Prozesse, wie das Carsharing, welches die KFZ-Nachfrage deutlich reduzieren dürfte.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die „Energiewende“ torpediert die Elektromobilität.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es wird die notwendige Infrastruktur fehlen. Die Preise sind noch zu hoch.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die Preisunterschiede werden wohl groß bleiben, so dass der Kauf von Elektro-Autos nur wenig interessanter werden wird.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Der hohe Preis, die Sicherheitsrisiken des Akkus, die Reichweite sowie das dünne Tankstellennetz werden auf absehbare Zeit der Wettbewerbsfähigkeit des Elektroautos im Wege stehen.

**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Strom allein ist kaum eine nachhaltige Alternative zur Energieversorgung des Kfz-Verkehrs.

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Solche Ziele sind immer unrealistisch, weil sie etwas vorgeben, was man nicht bewusst erreichen kann, noch überhaupt versuchen sollte, zu erreichen.

## **FRAGE**

---

**Welche Fördermöglichkeiten halten Sie in diesem Zusammenhang für sinnvoll?**

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Subventionen haben bereits im Solarbereich zu großen Problemen geführt.



**Prof. Dr. Justus Haucap** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Technologiespezifische Förderung ist eigentlich immer ineffizient. Wer garantiert, dass E-Mobilität nicht das nächste Milliardengrab wird? Die Gaspreise sind aktuell im freien Fall (auch dank Fracking in den USA) – wer sagt, dass sich nicht Gas als alternativer Treibstoff durchsetzt?

**Prof. Dr. Lutz Arnold** Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:  
Wo kommt denn der Strom her, wenn die AKWs abgeschaltet sind und keine Kohle mehr verbrannt wird?

**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann** Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Durchschlagende finanzielle Anreize erforderten riesige Beträge.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Gegen die Subvention: Es besteht die Gefahr der Förderung einer Technologie, die noch nicht ausgereift ist und somit ineffizient ist. Die Umstellung der CO<sub>2</sub>-basierten Steuer hingegen sollte den Bau verbrauchsfreundlicherer Fahrzeuge fördern. In Innenstädten sollte mehr auf den Ausbau des ÖPNV gesetzt werden.

**Martin Lück** Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Steuerliche Förderung ist sinnvoll, etwa um Kostennachteile der neuen Technologie zu kompensieren. Es darf allerdings keinesfalls der Fehler der Solarförderung wiederholt werden, durch die nämlich eine zu großzügige Förderung den Innovationsdruck von der Industrie genommen und damit dazu beigetragen hat, daß die Branche hinter den globalen Wettbewerb zurückgefallen ist.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:  
das fällt in die gleiche Kategorie wie der hirnrissige Vegetariertag der Grünen und alle anderen staatlichen Zwangsbeglückungen auch.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Förderung ist im günstigsten Fall überflüssig, wahrscheinlicher aber eine Fehlförderung.

**Prof. Dr. Björn Frank** Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Ob eine CO<sub>2</sub>-basierte Kfz-Steuer wirklich speziell die Elektromobilität fördern wird, weiß man nicht. Muss man auch nicht wissen, das ist ja gerade der Witz bei dieser Steuer.

**Stefan Maly** Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Der Staat sollte sich bei der Grundlagenforschung engagieren, allerdings nicht den Absatz bestimmter Produkte direkt oder indirekt subventionieren. Von daher sind Absatzanreize für Elektroautos nicht sinnvoll.



**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Sektorspezifische Subventionen haben bekanntlich viele negative fiskalische und gesamtwirtschaftliche Nebenwirkungen. Unabhängig von Elektroautos wäre eine CO<sub>2</sub>-basierte Kfz-Steuer sinnvoll.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Steigende Skalenerträge können nur realisiert werden, wenn die Nachfrage garantiert wird.

**Prof. Dr. Peter Oberender** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Woher weiß der Stadt, wo die technische Zukunft der PKW liegt?

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** em. Professor, Universität zu Köln:

Wieso soll in diesem Einzelfall eine neue Technologie eine Starthilfe erhalten?

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Das Erfolgspotenzial ist noch nicht klar ersichtlich, und auch die Umweltbilanz muss noch sicherer eingeschätzt werden.

**Prof. Dr. Andreas Ziegler** Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

Die Bundesregierung belässt es seit vielen Jahren bei der Formulierung von unrealistischen Zielgrößen. Wenn aber die Anzahl an Elektrofahrzeugen tatsächlich drastisch erhöht werden soll, müssen wirkungsvolle Politikmaßnahmen ergriffen werden, z.B. auch zum Ausbau der Tankstellennetze. Die bisherigen Förderinstrumente sind hierfür aber völlig unzureichend. Dabei hinkt Deutschland im internationalen Vergleich meilenweit hinterher. So wird z.B. der Kauf von Elektrofahrzeugen in den USA mit bis zu 7500 Dollar und in China mit bis zu 7000 Euro gefördert.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Zusätzliche Anreize sind notwendig, um die bestehenden Nachteile für die Käufer zu kompensieren.

**Prof. Dr. Tim Krieger** Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Kraftfahrzeuge, die mit Benzin oder Diesel fahren, verursachen erhebliche negative Umweltexternalitäten, so dass ein staatlicher Eingriff zur Reduzierung von Abgasen gerechtfertigt ist. Der staatliche Eingriff muss dabei 1. Anreize zur Verhaltensänderung setzen, was gegen dirigistische Maßnahmen wie Fahrverbotszonen spricht, und 2. beim Auslöser der negativen Externalität ansetzen, so dass die Einführung einer CO<sub>2</sub>-basierten Kfz-Steuer der richtige Weg ist.

**Frank Hübner** Direktor Volkswirtschaft, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Dass der VDA eine Subvention für Autos fordert, kann ich verstehen. Aber wenn es darum geht, die Umwelt zu schützen, ist das kontraproduktiv; schließlich muss der Strom für die Elektrofahrzeuge ebenfalls produziert werden. Für die Umwelt ist jedes nicht verkaufte Auto – egal ob mit Elektro- oder Verbrennungsmotor – der größte Gewinn. Insgesamt sollte sich Deutschland eher Subventionen abbauen, anstatt neue Subventionstatbestände zu schaffen.



**Prof. Dr. Mathias Erlei** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die nähere Zukunft des Automobils liegt im Brennstoff Erdgas, nicht im Elektroauto.

**Prof. Dr. André Schmidt** Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Elektrofahrzeuge sollten nicht gesondert gefördert werden. Dies widerspricht der notwendigen Technologieneutralität. Wenn es das Ziel der Bundesregierung ist, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern, dann kann sie dies mit der Einführung einer CO<sub>2</sub>-basierten Kfz-Steuer realisieren. Wichtig ist jedoch, dass keine Förderung einer bestimmten Technologie erfolgt.

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Die Netze sind jetzt schon instabil.

**Prof. Dr. Siegfried F. Franke** Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Ich bin generell gegen Subventionen.

**Dr. Alexander Schumann** Chefvolkswirt, DIHK:

Eine technologieoffene Forschungsförderung verspricht den größten Erfolg. Aber auch andere Technologien können helfen, CO<sub>2</sub> einzusparen. Zudem zeigt die Anstoßförderung von vermeintlichen Zukunftsindustrien erfahrungsgemäß Beharrungstendenzen auch über die Anschubförderung hinaus. Politisch und finanziell kann sich der Staat neue Dauersubventionen nicht leisten.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Der Wettbewerb muss entscheiden.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es gibt kein wirklich überzeugendes Argument im Sinne von „*public interest*“. Es ist nur eine weitere Form der Industriepolitik respektive teurer politischer Gestaltungswut.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es sollten nicht noch mehr Subventionen als gegenwärtig schon – für welche Zwecke auch immer – gezahlt werden.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Erforderlich sind Maßnahmen zugunsten der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eine CO<sub>2</sub>-Steuer scheint die einzige Alternative zu sein, die den Autoherstellern und den Autonutzern hinreichende Freiheitsgrade lässt, um eine nachhaltige Form des Kfz-Verkehrs zu finden.



**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Siehe Kohlepfennig, EEG etc. Das wird dann das nächste Subventionsgrab.

## **FRAGE**

---

**Kurz vor der Bundestagswahl 2013 ist die Diskussion um den Solidaritätszuschlag neu entbrannt. Nach den Vorstellungen von FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle soll der Soli schrittweise abgeschafft werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt dies unter Verweis auf den großen Investitionsbedarf zur Sanierung des Straßen- und Schienennetzes ab. Der Soli war 1991 mit der Begründung der Kosten der Deutschen Einheit zum Aufbau Ost sowie des Golfkriegs eingeführt worden. Halten Sie diese Begründung heute noch für stichhaltig? Bis wann rechnen Sie mit einer kompletten Abschaffung des Soli?**

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es sollte keine schleichende Umwidmung von Steuereinnahmen für andere Zwecke geben.

**Prof. Dr. Justus Haucap** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Ich wette heute schon darauf, dass es den Soli länger geben wird als es die DDR überhaupt gegeben hat!

**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann** Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Ein Nein bedarf keiner Begründung, ein Ja schon.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es besteht m.E. kein großer Sinn mehr in der Unterscheidung von Ost und West.

**Martin Lück** Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Der Soli sollte abgeschafft, das entsprechende Steueraufkommen für den Bundeshaushalt über andere Steuerarten sichergestellt werden.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Braucht man diese Begründung für den Soli? Beide Ereignisse sind über 20 Jahre her.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Umverteilung zugunsten der neuen Länder sollte so schnell wie möglich abgeschafft werden.



**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Seit der Deutschen Einheit sind über 20 Jahre vergangen. Inzwischen hat sich die Infrastruktur in den neuen Bundesländern wesentlich verbessert, während in den alten Bundesländern immer stärker Lücken sichtbar werden. Zudem besteht die Gefahr, dass sich bei einer Fortführung des Solidaritätszuschlags die Gewöhnungseffekte verstärken. Dadurch wird seine spätere Abschaffung immer schwieriger.

**Volker Hofmann** Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Der Sonderzuschlag sollte nach zwei Jahrzehnten abgeschafft oder in den regulären Tarif integriert werden.

**Stefan Maly** Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Steuern dienen zur Schaffung von Staatseinnahmen und sind nicht zweckgebunden. Allerdings sollte der „Soli“ von Anfang nur vorübergehend erhoben werden. Nachdem die Sonderbelastungen aufgrund der Deutschen Einheit nun auslaufen, sollte auch der „Soli“ abgeschafft werden.

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Was nach über 20 Jahren nicht erreicht wurde, ist nicht weiter zu verfolgen. Irgendwann muss das „Erwachsenalter“ erreicht werden und die Eigenständigkeit eintreten.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Der Aufbau Ost ist erreicht. An Kriegen (jenseits von eventuellen NATO-Verpflichtungen) will sich Deutschland bekanntlich nicht beteiligen.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Der Osten des Landes steht immer noch vor großen Herausforderungen, u.a. durch Landflucht begründet. Weniger finanzielle Mittel würde die Attraktivität weiter bzw. wieder verringern.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** em. Professor, Universität zu Köln:

Inzwischen ist das keine Aufbauhilfe mehr, sondern eine Dauersubvention.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die ostdeutschen Bundesländer haben nach wie vor Aufholbedarf, wenn auch in den einzelnen Bundesländern und in Stadt-Land-Zonen in sehr unterschiedlichem Maß. Ein schrittweiser Abbau des Soli wäre jedoch ein hilfreiches Signal, die eigenen Effizienzanstrengungen weiter zu erhöhen.



**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Wenn über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung der Aufbau Ost noch nicht abgeschlossen ist, wann dann? Schon seit langem werden die Gelder aus dem Soli zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung eingesetzt. Und das ist seit langem bekannt.

**Prof. Dr. Oliver Holtemöller** Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Der Solidaritätszuschlag fließt in den Bundeshaushalt.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Der Zustand der Infrastruktur oder die Bausubstanz der Städte sind durchaus regional unterschiedlich, aber nicht mehr durch Ost-West-Unterschiede geprägt.

**Prof. Dr. Tim Krieger** Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Nein, aber spielt das irgendeine Rolle? Der Soli ist eine Steuer und damit nicht (verwendungs)zweckgebunden. Die einzig relevante Frage ist, ob die steuerliche Belastung gesenkt werden kann und soll. Ob dies dann per Abschaffung des Soli oder eine andere Maßnahme geschieht, ist unerheblich.

**Frank Hübner** Direktor Volkswirtschaft, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Die wichtigste Begründung für den Soli sind nicht der Aufbau Ost oder der Golfkrieg, sondern die Tatsache, dass er jährlich 13 Mrd. Euro zum Bundeshaushalt beiträgt.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Auch diese Steuer ist und war nie zweckgebunden.

**Prof. Dr. André Schmidt** Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Es handelt sich hier um eine Sondersteuer, deren Einführungsgrund entfallen ist.

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Die Infrastruktur im Osten ist intakt.

**Prof. Dr. Siegfried F. Franke** Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

„Golfkrieg“ als Begründung war schon damals fragwürdig. Und inzwischen müsste man die Begründung fast umformulieren: „Aufbau West“.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Offenbar will die Regierung Sparbemühungen beispielsweise bei den Subventionen ausweichen und stattdessen die Steuer hochhalten.



**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Sie war weder damals, noch ist sie heute stichhaltig. Steuererhöhungen dieser Art dienen lediglich der Budgetsanierung. Der jeweils genannte Einführungsgrund ist nach der historischen Erfahrung stets weggefallen, ohne dass die Steuererhöhung wegfiel (siehe Schaumweinsteuer und kaiserlicher Flottenbau).

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die größten Lasten sind geschultert worden.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Infrastruktur im Westen ist bereits deutlich schlechter dank unserer Politik – siehe Häfen, Kanäle, Brücken, Bahn (DB) usw.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die Begründung war nie stichhaltig. Das Aufkommen des Soli ist nicht zweckgebunden. Wenn es im Bundesrat keine Mehrheit für die Beseitigung der heimlichen Steuererhöhungen gibt, dann ist die Abschaffung des Soli eine sinnvolle Alternative, weil das Aufkommen allein dem Bund zusteht.

**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Mittlerweile gibt es Gebiete im Westteil Deutschlands, die finanziell (pro Kopf) schlechter ausgestattet sind als der Ostteil des Landes.

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der Soli sollte wie geplant im Rahmen des Aufbaus Ost auslaufen und dann aber auch abgeschafft werden. Man sollte ihn aber nicht unter Verweis auf andere – noch so wichtige – staatliche Aufgaben beibehalten.

## **FRAGE**

---

**Sollte der Soli schrittweise abgeschafft werden? Bis wann rechnen Sie mit einer kompletten Abschaffung des Soli: im Laufe der nächsten Legislaturperiode bis 2018, wie derzeit geplant bis 2019, im Zuge der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs bis 2020, bis 2025 oder gar nicht?**

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es sollte eine offene Diskussion für neue Steuereinnahmen und Ausgaben geben.



**Prof. Dr. Justus Haucap** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Im Gegensatz zur Hotellobby gibt es keine schlagkräftige Lobby für die Abschaffung des Soli – warum also sollte er abgeschafft werden? Das ist mindestens so unwahrscheinlich, wie eine Vereinfachung der Mehrwertsteuersätze. Und der FDP sind ihre Wahlversprechen bekanntlich vollkommen gleichgültig, sobald man noch einen Staatssekretärsposten im Entwicklungshilfeministerium o.ä. bekommt.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Der Soli sollte in den Einkommensteuertarif eingearbeitet werden. Damit würde erkennbar, dass die Frage einer Verschärfung der Einkommensteuerprogression zumindest teilweise eine Schatten Diskussion ist.

**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann** Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

An Wunder glauben nur Kinder.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Die Finanzierung der Infrastruktur und anderer Ausgaben sollte aus dem normalen Haushalt erfolgen, selbst wenn dies die Steuersätze erhöhen sollte. Die Beibehaltung einer Sondersteuer dient vor allem der „Verschleierung“ der wahren Steuerbelastung. Da dies aber politisch attraktiv ist, ist nicht von einer baldigen Abschaffung auszugehen.

**Prof. Dr. Friedrich Breyer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Ein dauerhafter Steuerzuschlag widerspricht dem Kriterium der Transparenz des Steuersystems. Nach 20 Jahren ist der Punkt erreicht, wo der Bundestag entscheiden muss, den Zuschlag entweder abzuschaffen oder ihn in den Steuertarif zu integrieren.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Nennen Sie mir bitte einen Staat der Erde, der freiwillig auf eine Einnahmequelle verzichtet hätte.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Steuerbelastung hat sich durch die kalte Progression in den letzten Jahren erheblich gesteigert. Die Abschaffung des Soli ist eine geeignete Maßnahme zur Rücknahme dieser Steuererhöhungen.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Eine schrittweise Abschaffung ist anzuraten, erstens, weil die steuerliche Belastung erheblich ist und auf die Binnennachfrage drückt, zweitens, weil ansonsten die Gewöhnungseffekte immer stärker werden. Der Soli dürfte dennoch fortgeführt werden, weil diese Lösung mit dem geringeren Widerstand verbunden ist.



**Volker Hofmann** Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

"Alte" (bestehende) Steuern sind „bequeme“ Steuern.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Der Länderfinanzausgleich muss ausreichen. Aber Politiker trennen sich nur ungern von einer Einnahmequelle; sie müssten dann ja sorgfältiger mit den öffentlichen Ausgaben umgehen!

**Dr. Dirk H. Ehnts** Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Der Soli kann abgeschafft werden, wenn er nicht mehr benötigt wird. Irgendwann wird es hoffentlich so weit sein, aber vor 2025 sehe ich das nicht kommen.

**Prof. Dr. Horst Schellhaab** em. Professor, Universität zu Köln:

Der Soli sollte abgeschafft werden, weil er nicht mehr verfassungsgemäß ist.

**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Solange in den neuen Länder massive staatliche Defizite bestehen, wird der Soli wohl mit allen Mitteln verteidigt.

**Prof. Dr. Oliver Holtemöller** Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Der Solidaritätszuschlag sollte zunächst in den Einkommensteuertarif eingearbeitet werden, denn faktisch ist es ein allgemeiner Zuschlag. Anschließend sollte die Höhe der steuerlichen Belastung von Einkommen insgesamt diskutiert und neu festgelegt werden.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Der Soli sollte schrittweise abgebaut werden, damit Anpassungen der Empfänger auch schrittweise möglich sind. Die Aussagen der verantwortlichen Politiker sprechen allerdings gegen eine Abschaffung.

**Prof. Dr. Tim Krieger** Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Auf die Frage, ob die steuerliche Belastung gesenkt werden sollte (bei gleichzeitiger Senkung der Staatsausgaben), ein klares Ja. Ob dies durch Abschaffung des Soli geschieht oder anderweitig, ist – siehe oben – ökonomisch irrelevant. Wenn es die Menschen aus irgendeinem Grund glücklicher machen sollte, dann darf gerne als erstes der Soli abgeschafft werden.

**Frank Hübner** Direktor Volkswirtschaft, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Wenige, nach klaren und einfachen Kriterien erhobene Steuern sind immer noch das gerechteste Steuersystem, daher gehört der Soli abgeschafft.



**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Bei den großen vor uns liegenden europäischen Aufgaben passen Steuersenkungen nicht ins Konzept.

**Prof. Dr. André Schmidt** Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Da der Solidaritätszuschlag eine Bundessteuer ist, hat der Bund kein Interesse daran, auf diese Einnahmequelle zu verzichten, unabhängig davon, ob die Gründe für seine Einführung noch gegeben sind oder nicht.

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Der Leviathan verzichtet auf nichts freiwillig!

**Prof. Dr. Siegfried F. Franke** Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Wenn der Bundesfinanzminister mehr Geld braucht, z.B. für Griechenland, dann soll er es offen sagen und die Einkommensteuer erhöhen, an der dann auch die Länder (einschließlich der Kommunen beteiligt wären, aber ich bin sicher, dass er sich weiterhin hinter der (oder irgendeiner anderen) Ergänzungsabgabe versteckt.

**Dr. Alexander Schumann** Chefvolkswirt, DIHK:

Spätestens mit dem Auslaufen des Solidarpakts II ist die ursprüngliche Aufgabe erfüllt. Weil die Zahlungen in den Solidarpakt schrittweise bis 2019 abgebaut werden, ist auch eine schrittweise Rückführung des Solis gerechtfertigt.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Der Soli gehört abgeschafft, da seine Aufgabe längst erfüllt ist. Andererseits bleibt es wohl wahr: Ist eine Steuer erst einmal eingeführt, kann sie praktisch nicht mehr abgeschafft werden.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Man will ihn gar nicht wegfallen lassen!

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Statt einer Verlängerung des Soli brauchen wir einen effizienten Länderfinanzausgleich.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Rheingold ist aktuell: Die Politiker bauen ihr EU-/Euro-Walhallen und können es nicht finanzieren, also werden sie den Bürger „beuteln“ – fortwährend und somit nachhaltig.

**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der Solidaritätszuschlag sollte in den Einkommensteuertarif eingearbeitet werden (Steuervereinfachung und -transparenz) oder aber ersatzlos gestrichen werden, da seine Begründung überholt ist.



**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Da gibt es wenig Hoffnung, die Wirkungslogik ist immer dieselbe...

## **FRAGE**

---

**Die beiden EZB-Direktoriumsmitglieder Jörg Asmussen und Benoit Coeure haben sich nach dem Vorbild der US-Notenbank und der Bank von England für die Veröffentlichung der bislang streng vertraulichen Sitzungsprotokolle der EZB ausgesprochen. Sollte auch die EZB dem Vorbild der US-Notenbank folgen und die Sitzungsprotokolle veröffentlichen? Beobachter verteidigen die Vertraulichkeit damit, dass EZB-Ratsmitglieder etwa aus Italien im Falle einer Veröffentlichung in ihrem Heimatland politischem Druck ausgesetzt werden könnten, wenn sie beispielsweise für eine Zinserhöhung plädiert haben, Italien aber eine Zinssenkung aufgrund der Schuldenlast brauchen könnte. Teilen Sie diese Sorge vor politischer bzw. wirtschaftlicher Einflussnahme?**

**Prof. Dr. Justus Haucap** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Ich habe den Eindruck, dass faktisch heute schon sehr stark nach Landesinteressen abgestimmt wird.

**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann** Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die Bekanntgabe der Stimmenverhältnisse bei Zinsentscheidungen und der Hauptdiskussionpunkte – beides ohne namentliche Zuordnung – erleichterte die Beurteilung des geldpolitischen Kurses.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Eine größere Transparenz erscheint sinnvoll. Um einzelne Mitglieder zu schützen, wäre ein nicht namentliches Protokoll sinnvoll.

**Martin Lück** Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Zentralbanken haben eine extreme Machtposition, insbesondere in der gegenwärtigen Situation der Weltwirtschaft. In Demokratien ist es geboten, dass sie über die Verwendung dieser Machtfülle Rechenschaft ablegen. Das Argument politischer Einflussnahme wiegt schwer, das Risiko ist aber im Interesse glaubwürdiger Zentralbankpolitik in Kauf zu nehmen.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Eine Veröffentlichung würde dem Unabhängigkeitsgedanken widersprechen.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Mehr Transparenz hilft und stärkt letztlich auch die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Institution.



**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Wenn die Protokolle veröffentlicht werden, wird es schwieriger, Meinungsverschiedenheiten zu thematisieren. Gerade das aber muss möglich sein – noch dazu bei einer Notenbank mit einem so unkonventionellem, um nicht zu sagen, gefährlichen Auftrag wie der EZB.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Geldpolitik sollte transparent sein. Dabei sind die Marktteilnehmer über den beabsichtigten Kurs zu informieren, um verlässliche Planungsgrundlagen zu schaffen. Darüber hinaus richtet die EZB ihre Geldpolitik an der gesamten Eurozone aus.

**Volker Hofmann** Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Währungsunion ist – anders als die USA – kein Nationalstaat. Deswegen muss man die Gefahr von politischen Druck ernst nehmen. Die Fed veröffentlicht übrigens unmittelbar nach ihren Zinsentscheidungen die namentlichen Abstimmungsergebnisse. Mit Verzögerung von drei Wochen wird dann ein anonymisiertes Protokoll veröffentlicht. Letzteres könnte von der EZB übernommen werden.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Der Mehrwert einer Veröffentlichung der EZB-Sitzungsprotokolle inklusive Namensnennungen erscheint fraglich. Das Risiko dabei wäre, dass wichtige Diskussionen weg aus den Ratssitzungen in andere Gesprächskreise verlagert werden. Versuche politischer/wirtschaftlicher Einflussnahme auf nationaler Ebene finden ohnehin statt, sie könnten allerdings eine andere Qualität bekommen, wenn sie auf Basis der veröffentlichten Protokolle verstärkt über die Presse stattfinden. Gegen eine über die gegenwärtige Praxis hinausgehende genaue (anonyme) Bekanntgabe des geldpolitischen Abstimmungsergebnisses und noch ausführlichere Entscheidungsbegründungen beispielsweise inklusive Contra-Argumenten bzw. Pro-Argumenten für Alternativentscheidungen ist kaum etwas einzuwenden.

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Der politische Druck auf einzelne Mitglieder mag steigen. Umgekehrt lässt sich aber auch erkennen, ob manche Mitglieder aus politischen Gründen stets eine interessengeleitete Meinung vertreten.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Namentlich in den Südländern ist in der Öffentlichkeit die Meinung sehr verbreitet, dass ein etwaiger Landsmann im EZB-Direktorium der Interessenvertreter eben dieses Landes ist. Aus Regierungskreisen heraus wird diese Auffassung genährt. Bei einer Veröffentlichung der Protokolle würden die jetzt schon bestehenden zwischenstaatlichen Streitereien über den Kurs der europäischen um eine unfruchtbare Variante „bereichert“.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Ich halte diese Frage nicht für dringend, aber mehr Transparenz wäre gut. Die EZB-Ratsmitglieder sind nicht demokratisch gewählt, sondern werden von Politikern empfohlen. Sie sollten auch kritisiert werden dürfen, wie auch Politiker kritisiert werden.



**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** em. Professor, Universität zu Köln:

Eine Zentralbank muss auch überraschen können.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es hilft nichts: Ratsmitglieder, die sich in der EZB noch als Vertreter ihres Herkunftslandes sehen, haben schlicht den Job verfehlt.

**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Dieser Druck würde im krassen Widerspruch dazu stehen, dass die Ratsmitglieder kein nationales Mandat haben. Vielleicht ist dieses Argument etwas naiv, aber so sollte es sein!

**Prof. Dr. Oliver Holtemöller** Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Die Sitzungsprotokolle sollten nach einer gewissen Frist veröffentlicht werden, vor allem zu Forschungszwecken. Die Frist sollte so groß sein, dass schädlicher politischer Druck auf die Mitglieder des EZB-Rates nicht zu befürchten ist. Als kurzfristiges Kommunikationsinstrument halte ich Sitzungsprotokolle nicht für geeignet.

**Prof. Dr. Tim Krieger** Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Transparenz über die Notenbankstrategie erhöht die Glaubwürdigkeit der EZB und damit auch ihren Einfluss auf den Finanzmärkten. Natürlich wird es Druck auf die Ratsmitglieder geben, aber es glaube doch niemand, dass das Stimmverhalten in der Realität ein Geheimnis bleiben würde. Die nationalen Regierungen wissen sicherlich sehr genau, wie die von ihnen benannten oder abgesandten Ratsmitglieder abstimmen. Insofern ist der Druck immer da und ein guter Notenbanker ist auch in der Lage damit umzugehen.

**Prof. Dr. Volker Nitsch** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Diese Form von Transparenz wird unweigerlich zu einer öffentlichen Diskussion über das Abstimmungsverhalten führen. Am Ende wird wohl kein Weg an einer umfassenden Reform der Entscheidungsfindung im EZB-Rat vorbeiführen.

**Frank Hübner** Direktor Volkswirtschaft, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Im Gegenteil: Offensichtlich verhalten sich viele EZB-Ratsmitglieder bereits jetzt als Interessenvertreter ihres Landes. Eine Veröffentlichung könnte hier vielleicht sogar die Rationalität ein wenig stärken, weil ja nicht nur das Abstimmungsverhalten, sondern auch die Begründung veröffentlicht werden sollten.

**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Man muss halt mit der Transparenz umgehen lernen...



**Prof. Dr. André Schmidt** Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Für eine unabhängige Geldpolitik ist es wichtig, dass diese auch unter einem gewissen Schleier der Unwissenheit für die Marktakteure stattfindet. Würde dieser Schleier entfernt werden, steigen auch die Anreize für die Mitglieder im EZB-Rat das Abstimmungsverhalten an nationalen Interessen auszurichten.

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Wer den Euro will, muss das aushalten. Sonst heißt es: zurück zur Lira.

**Prof. Dr. Siegfried F. Franke** Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Die EZB soll ihre Geldpolitik schlüssig am Primärziel der Preisniveaustabilität ausrichten. Die im Vorfeld stattfindenden Beratungen müssen vertraulich bleiben.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Trotz dieses Drucks überwiegen die Vorteile einer größeren Transparenz der EZB,

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die EZB als nicht gewähltes Organ braucht bei derartigen Machtbefugnissen eine stärkere öffentliche Kontrolle. Öffentlicher und politischer Druck sind gut, nicht schlecht.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Medien können die Maßnahmen ohnehin nicht verstehen und bewirken mit ihrer Verbreitung in der Regel lediglich eine Verunsicherung.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Das muss die EZB aushalten.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es gibt bereits zeitnah viele Informationen der EZB. Diese Transparenz wirkt wie ein Maulkorb (für Minderheitenmeinungen), schwächt den Rat – aber stärkt Herrn Draghi und die Koalition der „Südländer“.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine Orientierung an der US-Notenbank oder der Bank of England ist nicht zielführend, da deren Entscheidungsgremien anders strukturiert sind als bei der EZB. Eine Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle würde die geldpolitische Unabhängigkeit beeinträchtigen und politisches Wohlverhalten zugunsten der entsendenden Regierung begünstigen.



**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die EZB ist bereits jetzt einem erheblichen politischen Druck ausgesetzt. Um Transparenz zu schaffen und die Verantwortlichkeiten verorten zu können, ist die Veröffentlichung der Sitzungsberichte hilfreich.

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Vertraulichkeit dient der (noch verbliebenen) Unabhängigkeit der EZB. Da diese ohnehin angeschlagen ist, sollte man sie nicht noch weiter aushöhlen.